



Gudrun Pieper
Ihre Landtagsabgeordnete

Ausgabe Nr. 7

September 2009

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ob aktuelle Stunde, dringliche Anfragen, Gesetzesvorlagen, Entschließungsanträge oder den Haushalt 2010: Umfangreiche Tagesordnungen, die zukünftig nicht mehr in drei Plenartagen abgearbeitet werden können. Deswegen werden wir ab Januar 2010 länger und mehr tagen müssen.

Dies geht natürlich zu Lasten der Wahlkreisarbeit, dennoch werde ich versuchen, Sie so oft, wie möglich, aufzusuchen.

Haben Sie schon feststehende Termine? Dann melden Sie sich in meinem Wahlkreisbüro!

Herzlichst Ihre

Gudrun Pieper



TERMINE

07.10. - 09.10.09

Fahrt mit Städte- und Gemeindebund nach Nierstein

11.10. - 15.10.09

Europarat Straßburg

28.10. - 30.10.09

Plenarsitzung

HAUSHALT 2010

FINANZKRISE LÄSST UNS KEINE WAHL

Seit 2003 hat unsere jetzige Landesregierung konstant und mit Nachdruck daran gearbeitet, die Neuverschuldung zu reduzieren, ja, ab 2010 das erste Mal ohne neue Schulden auszukommen. Kurz vor dem Ziel sind wir von der Wirtschaftskrise ‚kalt erwischt‘ worden.

Die Haushaltsberatungen für das Jahr 2010 und für den dritten Nachtrag 2009 finden somit unter gänzlich veränderten Rahmenbedingungen als in den letzten Jahren statt. Auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung erwarten wir gravierende Steuereinnahmeausfälle. 2009 und 2010 müssen wir mit Mindereinnahmen von bis zu vier Mrd. Euro rechnen. Das geht nicht spurlos an unserem Land, das ein jährliches Haushaltsvolumen von rund 25 Mrd. Euro hat, vorüber. Hinzukommen die Mehrausgaben durch die notwendigen Konjunkturprogramme.

In solch einer Lage konnten und können wir gegen die Krise nicht ansparen. Wir konnten und können Einnahmeausfälle nicht nur durch Ausgabekürzungen auffangen. Das Land würde als Investor und Motor bei konjunkturbelebenden Maßnahmen ausfallen. Damit würden wir die Krise nur verschärfen. Deshalb planen wir, die Neuverschuldung auf je 2,3 Mrd. Euro in 2009 und 2010 anzuheben. Trotzdem halten wir an unseren selbst gesteckten Zielen eines Haushalts ohne Neuverschuldung fest, indem wir jährlich ab 2011 die Nettokreditaufnahme um 350 Mio. Euro absenken. Bis

2017 wollen wir einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme erreichen.

Heute profitieren wir davon, dass wir in Niedersachsen in den vergangenen Jahren unsere Landesfinanzen in Ordnung gebracht haben. Diese massiven Konsolidierungserfolge der letzten Jahre verschaffen uns Handlungsspielräume in der jetzigen Zeit. Diesen Erfolg lassen wir uns nicht von der Opposition kaputt reden.

Durch besondere Maßnahmen, die der Haushaltsentwurf enthält, tragen wir in angemessener Weise Rechnung. So haben wir auf die Wirtschafts- und Finanzkrise mit der „Initiative Niedersachsen“ reagiert. Niedersachsen hat als eines der ersten Länder den „Pakt für Stabilität und Beschäftigung“ der Bundesregierung auf Landesebene umgesetzt.

Mit dem Konjunkturpaket II und der Initiative Niedersachsen werden wir 2009 und 2010 in Niedersachsen rund 1,4 Mrd. Euro investieren. Und bereits jetzt können wir feststellen: die Initiative Niedersachsen wirkt.

- 3000 Vorhaben der Initiative Niedersachsen sind bereits gemeldet. Insbesondere die Kommunen beginnen fortlaufend neue Projekte.
- Annähernd 90% der niedersächsischen Kommunen haben mittlerweile mit der Umsetzung ihrer Projekte begonnen.
- Auf über 900 Mio. Euro beläuft sich inzwischen das Volumen der gemeldeten Vorhaben. Das sind rund zwei Drittel des mit der Initiative Niedersachsen beabsichtigten Investitionsvolumens.

Die Maßnahmen greifen!

Besuchen Sie die neue Homepage www.gudrunpieper.de



PLENUM IN KÜRZE

IDEENEXPO

Wie heißt es so schön: „Neid ist die deutsche Form der Bewunderung“, so kann man die Diskussion zur aktuellen Stunde im Landtag bezeichnen.

283.000 Besucher haben in diesem Jahr die IdeenExpo aufgesucht. Ein Grund zur Freude, nur leider nicht für die Oppositionsparteien. Wir sehen es als Erfolg an, dass die zum zweiten Mal stattgefundene IdeenExpo zahlreiche Besucher aus Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und natürlich Niedersachsen anlockte. Das übergeordnete Ziel, den dringend benötigten Nachwuchs im Bereich technisch-gewerblicher Berufe für ingenieur-, naturwissenschaftliche und mathematische Studiengänge zu werben ist sowohl von den Unternehmen, wie auch von der EU, dem Land und den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden unterstützt worden.

Nur für die Opposition zählte das alles nicht. Sie sprachen von einem „Strohfeuer“, einem „kurz aufblühenden Glanz“, einer „Glitzerfassade“ und zu guter Letzt von einer „bildungs-politischen Finsternis“. Ein Armutszeugnis, das sich die Oppositionsparteien mit dieser Bewertung ausgestellt haben! Wir alle sollten doch froh sein, dass unter Führung von Ministerpräsident Christian Wulff diese Vision zu einer innovativen Kampagne geführt hat, auf deren Erweiterung wir uns im Jahre 2011 freuen.

ENTLASTUNG DER MILCHVIEHHALTER

In Deutschland werden ca. 28,5 Millionen Tonnen Milch pro Jahr ermolken. Niedersachsen hat daran einen Anteil von ca. 18%. Dahinter stehen etwa 14 000 Milcherzeuger in Niedersachsen, die rund 710 000 Kühe melken. Der Selbstversorgungsgrad bei Milch in Niedersachsen lag 2007

bei 170 %, in Deutschland bei 102 %. Niedersachsen muss exportieren und darf Weltmarktanteile nicht Neuseeland, Dänemark, Frankreich oder den USA überlassen.

Die aktuelle Milchmarktmisere ist vor allem eine Absatzkrise, beschleunigt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Angebot und Nachfrage stehen derzeit weltweit nicht mehr im Gleichgewicht und führen zu einem erheblichen Druck auf die Milcherzeugerpreise. Nach der Hochpreisphase für Agrarerzeugnisse in den Jahren 2007/2008 sind die Milchpreise jetzt um etwa 14Cent/kg gesunken. Marktexperten sprechen von **historisch** niedrigen Milchpreisen. Die Milchviehbetriebe Erlösen aktuell Milchpreise von ca. 20 Cent/kg. Bei 75 Milchkühen, entsprechend 600 000 l Quote, wäre der Erlös von ca. 85 000 Euro niedriger als noch vor gut eineinhalb Jahren.

Zu diesen Bedingungen kann **kein** niedersächsischer Bauer Milch wirtschaftlich erzeugen. Der Verfall der Milchpreise sorgt auf den Betrieben für dramatische Liquiditätsengpässe. In Anbetracht der erst noch bevorstehenden kostenintensiven Monate des Jahres stehen viele Landwirte bereits jetzt mit dem Rücken an der Wand. Schätzungen gehen davon aus, dass ein nicht unerheblicher Teil der Betriebe aufgeben muss, wenn sich die Preissituation nicht umgehend spürbar verbessert. Jede Hofaufgabe ist nicht nur ein persönliches Schicksal des Betriebsinhabers und seiner Familie, sondern verändert zunehmend die Struktur des ländlichen Raumes. Besonders betroffen sind die starken Milchviehregionen im Norden und Nord-Westen des Landes. Vor diesem Hintergrund haben wir bereits im Mai den Entschließungsantrag gestellt, um alle Möglichkeiten der Hilfestellungen auszuschöpfen.

SCHIFFSBAUSTANDORT EMDEN MUSS LANGFRISTIG GESICHERT BLEIBEN!

Die Diskussionen über einen Verkauf der Nordseewerke in Emden sehen wir mit großer Sorge um den Schiffbau am Standort Emden und die dortigen Arbeitsplätze. Deswegen haben wir im September-Plenum einen Entschließungsantrag zum Erhalt des Schiffbauwerkes in Emden eingebracht. Mit großer Mehrheit wurde dieser sofort abgestimmt, ohne die Stimmen der LINKEN!

Der Verkauf der Nordseewerke an die SIAG Schaaf Industrie AG aus Dernbach (Rheinland-Pfalz) und die Schließung des Schiffbaus sind noch nicht beschlossene Sache und dürfen so auch nicht Realität werden. Der Thyssen-Krupp Konzern muss langfristig seine Verantwortung für den Standort Emden wahrnehmen. Dafür hat er in den letzten Jahren auch genug Geld verdient!

Ein tragfähiges Zukunftskonzept zur Sicherung der Arbeitsplätze auf den Nordseewerken ist nur mit der Aufrechterhaltung des Schiffbaus denkbar. In diesem Sinne erwarten wir verbindliche Vereinbarungen des Thyssen-Krupp Konzerns für den Standort, für den das Land Niedersachsen in der Vergangenheit, beispielsweise durch die Unterstützung der Werbung um Aufträge, immer gekämpft hat.

Wir sind froh über den exzellenten Kontakt zwischen dem Betriebsrat der Nordseewerke und der niedersächsischen Landesregierung. Das Gespräch zwischen dem Betriebsrat und dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff hat Früchte getragen. So ließ es sich der Betriebsratvorsitzende Fritz Nie-meier nicht nehmen, persönlich an der Plenarsitzung teilzunehmen.

Weitere Informationen zur Plenarsitzung unter: www.landtag-niedersachsen.de



BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT



UMWELTFREUNDLICHE PRODUKTE

Günstige Darlehen an Hersteller umweltfreundlicher Produkte sind zulässig.

Mit dieser Entscheidung hat die Kommission eine Regelung Deutschlands bestätigt. Danach können Unternehmen, die in die Herstellung umweltfreundlicher Produkte investieren, auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene zinsvergünstigte Kredite erhalten.

Der ermäßigte Zinssatz darf höchstens zwei Jahre lang gewährt werden. Es dürfen nur Unternehmen gefördert werden, die sich am 01.07.08 nicht in Schwierigkeiten befanden. Gefördert werden können insbesondere Produkte, die noch nicht geltende EU-Umweltschutznormen frühzeitig erfüllen oder sogar darüber hinausgehen.

ENERGIE-FÖRDERPROGRAMM

Die Kommission bereitet ein Energieförderprogramm für Städte vor. Mit einem 15 Millionenprogramm sollen Investitionen von Städten und Regionen in nachhaltige Energieprojekte (u.a. Gebäudenachrüstung und Fernheizungen) unterstützt werden.

Ansatzpunkt ist die Absichtserklärung des Bürgermeisterkonvents (siehe unter EUK 53.10) vom 10.02.2009, die EU – Zielmarke von 20% CO₂-Einsparung bis 2020 übertreffen zu wollen. Der Programmaufwurf wird für Ende 2009 erwartet.

BILDUNGSWESEN

Für den EU-Bereich gibt es aktuelle Schlüsselzahlen zum Bildungswesen. Der vom Europäischen Netzwerk zur Infor-

mation im Bildungswesen (Eurydice) vorgelegte Bericht, gibt ein umfassendes Bild der jüngsten Entwicklungen in der Organisation und Funktionsweise der Bildungssysteme in Europa. Danach hat u.a. ein heute 5-jähriges Kind eine Bildungs- und Ausbildungsdauer von durchschnittlich 17 Jahren zu erwarten, obwohl in der überwiegenden Mehrheit der europäischen Länder die Schulpflicht nur neun oder zehn Jahre ist. Der umfangreiche Bericht macht weitere Angaben zu Fragen wie Mitbestimmung von Eltern, Finanzen, Gehaltsniveau und Arbeitszeit bei Lehrkräften, Sprachpolitik etc.

LANDESWEITE SCHULPRÜFUNGEN

Landesweite Prüfungen für Schüler setzen sich in Europa immer mehr durch. Schüler in Europa absolvieren im Laufe ihrer Pflichtschulbildung durchschnittlich drei landesweite Prüfungen, wobei einige Länder ihre Schüler sogar zehn- oder elfmal zentral prüfen – so die Ergebnisse eines von der Kommission vorgestellten Berichts.

Der Bericht vermittelt einen umfassenden Überblick über Strukturen und Trends in Europa, was Zielsetzung, Häufigkeit und Reichweite landesweiter Prüfungen während der Pflichtschulbildung betrifft. Die meisten europäischen Länder veröffentlichen die gesammelten Prüfungsergebnisse einzelner Schulen nicht. In einigen Ländern ist die Nutzung von Prüfungsergebnissen zur Erstellung vergleichender Schultabellen ausdrücklich verboten, weil solche Vergleiche nicht als zur Verbesserung des Bildungsangebots geeignet betrachtet werden.

BREITBAND-AUSBAU – LEITLINIEN

Die Kommission hat Beihilfe-Leitlinien für den Breitbandausbau veröffentlicht.

Damit soll sichergestellt werden, dass die Gewährung von Beihilfen der öffentlichen Hand (einschließlich der Gemeinden) für die Breitband-Infrastruktur mit den EU Beihilfavorschriften in Einklang stehen. In den Leitlinien wird u. a. erläutert, wie öffentliche Mittel für den Ausbau der Breitbandgrundversorgung einschließlich der Zugangsnetze der nächsten Generation (NGA) in Gebieten bereitgestellt werden können, in denen private Betreiber keine Investitionen tätigen. Dabei wird unterschieden zwischen wettbewerbsbestimmten Gebieten („schwarze Flecken“), in denen keine staatlichen Beihilfen erforderlich sind, und Gebieten, in denen der Ausbau von Breitbandnetzen unrentabel ist bzw. die in dieser Hinsicht unterversorgt sind („weiße“ und „graue Flecken“) und in denen bei Erfüllung bestimmter Bedingungen staatliche Beihilfen gerechtfertigt sein können. Diese Unterscheidung wird dann auf die Zugangsnetze der nächsten Generation (Next Generation Access – NGA) übertragen, deren Aufbau sich noch in der Frühphase befindet. Schließlich werden in den Leitlinien eine Reihe wichtiger Absicherungsmaßnahmen (u. a. Erstellung einer detaillierten Breitbandkarte, offene Ausschreibungsverfahren, Verpflichtung zur Zugangsgewährung, Technologieneutralität Rückforderungsmechanismen) festgelegt, um den Wettbewerb zu fördern und zu vermeiden, dass Privatinvestitionen verdrängt werden.



GUDRUN PIEPER UNTERWEGS

SERENGETI PARK ERHÄLT DIE AUSZEICHNUNG „AUßERSCHULISCHER LERNORT“



WAHLKAMPFVERANSTALTUNG MIT MINISTERPRÄSIDENT CHRISTIAN WULFF IN BAD FALLINGBOSTEL



10 JAHRE SENIOREN- UND BEHINDERTENBEIRAT IN DER SAMTGEMEINDE SCHWARMSTEDT



VERANSTALTUNG MIT DEM STELL- VERTRETENDEN FRAKTIONSVERSITZ- ENDEN WOLFGANG BOSBACH IN SOLTAU



GESPRÄCH MIT VERTRETERN DER BAHN AG UND LNVG IN LINDWEDEL



GUDRUN PIEPER IM GESPRÄCH MIT DEM LEITER DER IHK LÜNEBURG-WOLFSBURG MARTIN EXNER



GESPRÄCH MIT BETREIBERN DER GIERSEILFÄHRE IN EICKELOH



NEUES AUS DEM MITARBEITERTEAM

Am 16. Dezember 2009 findet die nächste Informationsfahrt zum niedersächsischen Landtag nach Hannover statt. Die Fahrt wird gegen Mittag starten und beinhaltet den Besuch der Plenarsitzung. Anschließend findet eine Diskussion mit Abgeordneten statt. Zum Abschluss werden wir den Weihnachtsmarkt an der Marktkirche besuchen. Kostenbeitrag 15,00€. Nähere Informationen werden wir Ihnen im Blickpunkt Oktober mitteilen. Gern reservieren wir Ihnen einen Platz für die Fahrt im Dezember. Rufen Sie uns kurz an (05161/73046) oder schicken Sie uns eine E-Mail an: info@gudrunpieper.de



Petra Schulze und Kristin Kühling

V.i.S.d.P.

Gudrun Pieper
Kristin Kühling

Neue Straße 7
29664 Walsrode

Tel.: (05161) 7 30 46
Fax: (05161) 910 702
info@gudrunpieper.de

Besuchen Sie die neue Homepage www.gudrunpieper.de

